Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 275 (1996)

Werbung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 23.10.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

lyse zeigte, dass die Verwerfung der drei Vorlagen aus gegensätzlichen und teilweise diffusen Motiven erfolgte; dem Wunsch nach liberalisierteren Strukturen stand die Forderung gegenüber, die Agrarpolitik konsequent auf eine ökologischere Produktion auszurichten.

Der Zwang zu einer raschen Änderung der Landwirtschaftspolitik kommt auch von aussen. Als extrem exportabhängiges Land hat die Schweiz ein fundamentales Interesse an einer Liberalisierung des Welthandels, wie sie das neue Gatt/WTO-Abkommen vorsieht. Obschon in bäuerlichen Kreisen einige Skepsis vorhanden war, gelang es einem Referendumskomitee aus dem fundamentalistisch-grünen Lager nicht, die nötigen 50 000 Unterschriften zusammenzutragen.

«Insel» in Europa

Faktisch wurde die Schweiz 1995 zur «Insel» im Zentrum Europas: als letztes grösseres Nachbarland trat Österreich am 1. Januar 1995 der EU bei; die Liechtensteiner bestätigten am 9. April in einer zweiten Volksabstimmung ihr Ja zum EWR-Beitritt (der am 1. Mai Realität wurde), und am 26. März trat das Schengener Abkommen in Kraft, das eine Aufhebung der Grenzkontrollen zwischen einer Reihe von EU-Staaten, dagegen verschärfte Kontrollen an den Aussengrenzen vorsieht; vergeblich hatte sich die Schweiz um eine Mitwirkung bemüht. - Was das Verhältnis zur EU betrifft, konnten am 12. Dezember, zwei Jahre nach dem EWR-Nein, die sogenannten «bilateralen» Verhandlungen offiziell eröffnet werden. In sieben Bereichen - Personenverkehr, Zutritt zum Agrarmarkt, Bildung und Forschung, öffentliche Aufträge, technische Handelshemmnisse sowie Strassenund Luftverkehr - wird parallel verhandelt; von Anfang an machte die EU jedoch klar, dass sie nur ein ausgewogenes Gesamtpaket akzeptieren würde und dass der Schweiz gegenüber den EWR-Regelungen keine Vorzugsbedingungen eingeräumt würden. - Neue Bewegung in der Europa-Frage versprach die von mehreren Jugendorganisationen angekündigte Volksinitiative «Ja zu Europa», in welcher die unverzügliche Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Europäischen Union gefordert wird.

Defizite und Reformbedarf

Vorerst hatte sich die Schweiz jedoch für einen eigenständigen Weg ausgesprochen; den Beweis, dass sie ihn auch erfolgreich zu gehen imstande sein wird, muss sie erst noch erbringen. Die Bemühungen um eine liberalere binnenwirtschaftliche Ordnung (Kartellgesetz, Binnenmarktgesetz) stiessen auf hartnäckigen Widerstand aus Gewerbekreisen, die sich für ihre geschützten, aber volkswirtschaftlich enorm kostspieligen Nischen wehrten. Wenig erfolgverheissend waren bisher auch die Bemühungen zur Sanierung der Bundesfinanzen: Das überbordende Ausgabengebaren des Bundes hat die Schuldenlast auf über 90 Milliarden anwachsen lassen, und 1995 musste erneut ein Defizit von über 6 Milliarden Franken budgetiert werden.





Die leeren Kassen wirkten sich auch auf die Verkehrspolitik aus: Das im September 1992 vom Volk genehmigte Konzept der Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (Neat), das den Bau zweier neuer Basistunnels am Gotthard und am Lötschberg vorsieht, geriet wegen seiner finanziellen Auswirkungen unter politischen Druck: Nachdem Finanzminister Otto Stich gegen die vorgesehene Finanzierung via Darlehen öffentlich Stellung bezogen und nachdem die Finanzdelegationen beider Räte vor einer unkontrollierbaren Verschuldung gewarnt hatten, zog der Bundesrat die Notbremse. Zwar hielt die Landesregierung am ursprünglichen Konzept mit zwei neuen Basistunnels fest; zur Finanzierung soll jedoch zusätzlich auch eine Abgabe auf dem Benzin beigezogen werden. Damit aber steht das Schicksal des Neat-Projekts insgesamt auf dem Spiel, muss doch damit gerechnet werden, dass gegen eine Benzinpreiserhöhung von seiten der Automobilverbände das Referendum ergriffen wird.

Auch mit Reformen im Bereich der institutionellen Infrastruktur tut sich die Schweiz zurzeit schwer. Dass solche nötig wären, wird weitherum bejaht: «Wir müssen mit unseren Einrichtungen ins Gericht gehen, um immer neu zu erproben und zu erleben, was an ihrem Eigensinn entbehrlich und was daran unentbehrlich ist», fordert Adolf

Muschg - sehr zu Recht! Eine Möglichkeit dazu böte das Projekt einer Totalrevision der Bundesverfassung, wie sie der Bundesrat ins Auge fasst. Doch die Zweifel sitzen tief, ob der dafür notwendige Reformwille tatsächlich mobilisiert werden kann. Anspruchsmentalität, übersteigerter Individualismus und ein spürbarer Verlust an Gemeinsinn sind jedenfalls schwer zu überwindende Hindernisse in einer Gesellschaft, die durch Jahrzehnte des Wohlstandes träge geworden ist. Zu bedenken gilt es freilich, was einst Denis de Rougemont festgehalten hat: «Der Niedergang beginnt, wenn wir uns nicht mehr fragen, was wir tun können, sondern was uns wohl zustossen wird.»



Im Tagblatt steht's.

4 Wochen gratis zur Probe. Anruf genügt: 071 29 75 75